

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstagsnummer Nr. 53.

Samstagsnummer Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. • Als Beigabe das St. Quirinusblatt. • Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00. • Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. • Reichsbank-Giro-Konto. • Postfach-Konto 3581 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 85

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Donnerstag, 14. April 1921 (Jubilate)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Kurzes in Kürze.

Berlin, 14. April. Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats wird infolge fortgesetzter Steigerung fast sämtlicher Produktionskosten eine Brotepreiserhöhung eintreten und zwar wird das große Brot 5 M., die Schrippe 15 Pf., und das 1000 Gramm-Krautbrot 3 M. kosten.

Halle, 14. April. Die Teilnehmer des Dynamitentats auf das hiesige Polizeigebäude hatten sich heute vor dem Sondergericht zu verantworten. Acht Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen bis zu sechs Jahren, einer wurde freigesprochen.

Dresden, 14. April. Wie die Blätter melden, ist in der Dresdener Zigarettenindustrie die Auslieferung durchgehört worden, wodurch 13 000 Arbeiter in Dresden beschäftigungslos geworden sind.

Paris, 13. April. Nach einer Sondermeldung aus Santiago de Chile ist die chilenische Regierung zurückgetreten.

Für die Einwohnerwehren.

München, 13. April. Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages stellte Staatssekretär Dr. Schwenker die gegenwärtige Stärke der Einwohnerwehr in Höhe von 320 000 Mann fest. An Waffen seien vorhanden 240 000 Gewehre und Karabiner, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 84 leichte Minenwerfer. Die Bewaffnung der Einwohnerwehr, die übrigens vorwiegend schrittweise angemeßelt ist, bedarf dringend einer politischen Gefährdung. Die eingestellten Einwohnerwehrleute leisten den Dienst unentgeltlich und ehrenamtlich. Nur 10 Prozent ehemalige Offiziere befinden sich unter den Führern. Eine Verwendung außerhalb des Landes sei ausgeschlossen. Die Staatsregierung und die Einwohnerwehr seien sich einig, daß die Einweisung der Einwohnerwehr eine Frage der Zeit sei. Die Notwehrmaßnahme der Einwohnerwehr sei hinsichtlich der staatlichen Sicherheitsverpflichtungen sowie der Gefährdung, daß sie als entbehrlich erscheinen können. Abg. Feld (Bayr. Wp.) erklärte, der Ministerpräsident verlege sich nicht auf die Pflicht, wenn er sich auf den Standpunkt der Entbehrlichkeit der Einwohnerwehr gestellt hätte. Kammerpräsident sagte, die Demokraten hätten auf dem Standpunkt, daß die Einwohnerwehr zur Zeit noch erhalten werden muß. Es dürfe aber wegen der Einwohnerwehr zu keiner Trennung zwischen Bayern und dem Reich kommen. Dr. Pilsfert (Mittelpartei) erklärte es für ausgeschlossen, die Einwohnerwehr jetzt aufzulösen.

Schuch oder Gefahr für den Frieden?

Paris, 13. April. Die Zusammenfassung des Heeres wird gemäß den Erfahrungen des Krieges geändert. Das Flugwesen wird 60 Beobachtungsgeschwader und 140 Jagdgeschwader umfassen. Die Infanterie besteht aus 71 eigentlichen französischen Regimentern, 30 Jägerbataillonen, 42 Schützenbataillonen, 8 Zwerenregimentern und 4 Regimentern Fremdenlegion, außerdem 14 Sturmkompanien. Die Kavallerie zählt 42 französische Regimenter, 7 Regimenter Chasseurs d'Afrique, 14 Regimenter Spahis und 1 Regiment Fremdenlegion. Die Artillerie besteht aus 31 Geschwadern und 1 Regiment schwerer Artillerie, 1 Regiment Feldartillerie, 32 Regimenten schwerer Artillerie, 6 Regimenten Fußartillerie, 2 Regimenten Gebirgsartillerie und 2 Flakregimentern. Für die Flieger gibt es 19, für die Luftschiffer 2 Regimenter. In Frankreich und in den besetzten Gebieten Europas werden 35 Regimenter Infanterie stehen sowie eine Abteilung im Saargebiet, ferner 5 Kavalleriedivisionen und 2 algerische Divisionen. Die Gesamtstärke an französischen Mannschaften betragen demnach 375 000 Mann Reserve, 100 000 Mann Berufs Soldaten. Frankreich hat also so viel Menschen als Deutschland. Die Zahlen machen schwindeln. Und das alles zum „Schutz“ des Friedens! Weisheit keine Behauptung des Friedens. Die kommt nur von den paar Mann deutscher Schutzpolizei her!

Nach keine Regierung.

Berlin, 14. April. Auch der gestrige Tag hat eine endgültige Lösung der Frage der deutschen Regierungsbildung nicht gebracht. Die gestern von einigen Wählern veröffentlichte Ministerliste dürfte jedoch, wie der Berliner Volksanzeiger zu wissen glaubt, kaum einer Aenderung unterliegen werden. Auf die Einwendungen der Deutschen Volkspartei gegen diese Kabinettzusammensetzung habe Eberstadt erklärt, er könne aus mehreren zwingenden Gründen an der Ministerliste in ihrer ungeänderten Gestalt wesentliche Änderungen nicht mehr vornehmen. Die Deutsche Volkspartei habe darauf dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie nunmehr seinem Kabinett das Vertrauensvotum verweigern werde.

Generalstreik in England?

Die Krise in England.

London, 13. April. Reuter berichtet: Der Arbeiterdemonstration hat beschlossen, daß der Ausstand Freitag abend 10 Uhr beginnen soll. Diesmal handelt es sich allerdings um ein richtiges Ultimatum. Viele andere Verbände sollen erklärt haben, daß sie an dem Ausstand teilnehmen wollen. Lloyd George teilte in einer Kabinettssitzung mit, daß die Regierung alle notwendigen Schritte unternehmen werde, um die Bevölkerung vor den Folgen des Beschäftigungsstillstandes zu schützen.

In Fifehire kam es heute zu schweren Ausschreitungen der Streikenden, die die Signalbeamten zum Verlassen ihrer Posten zwangen. Morgen will der Allgemeine Verband der englischen Arbeiter, der 1,5 Millionen Mitglieder umfaßt, in einer Konferenz zu der Lage Stellung nehmen.

London, 13. April. Der Präsident des Verbandes der Bergwerksbesitzer gab gestern abend bekannt, daß die Verhandlungen über die Frage der Nationalisierung des Bergbaues und nationaler Regelung der Löhne abgebrochen worden sind. Er erklärte, daß die Bergwerksbesitzer den Arbeitern alles anbieten, was sie zu gewöhnlichen Umständen waren.

Die Aufbahrung der Kaiserin.

Dorn, 13. April. Der Leichnam der ehemaligen Kaiserin wurde in dem Zimmer, in das er überführt wurde, auf einen Katafalk aufgebahrt. Der frühere Kronprinz, Prinz Oskar und die Herzogin von Braunschweig, sind eingetroffen. Die nach Maarn führende Kiste ist mit Tannenzweigen geschmückt worden. Auf ihr soll sich der Trauerzug zum Bahnhof Maarn bewegen. Zur Trauerfeier in Dorn erwartete man den Prinzen Walburt, zahlreiche Blumen- und Kranzspenden sind bereits angekommen.

Berlin, 13. April. Die Überführung der Leiche der Kaiserin wird bis zum Bahnhof von Maarn im Auto stattfinden. Von dort führt der Exorzismus Sonntag abend 6.30 Uhr nach Potsdam ab. Man wählte diese späte Stunde, um photographische oder filmische Aufnahmen zu verhindern.

Amsterdam, 13. April. Allgemeine Handelsblad meldet aus Dorn, daß Jonker van Teis, der Kammerherr der Königinmutter im Namen der Königinmutter einen Kranz auf den Sarg der Kaiserin niedergelegt hat. Unter den vielen Kranzen, die niedergelegt worden, befindet sich einer von dem König und der Königin von Schweden.

Beleid der deutschen Regierung.

Berlin, 13. April. Die Reichsregierung hat durch ein Telegramm des Reichsfanzlers an den Prinzen Eitel Friedrich in Potsdam der kaiserlichen Familie ihr Beileid zum Tode der Kaiserin ausgedrückt lassen.

Die deutschen Bischöfe.

Teier, 13. April. Aus Anlaß des Todes der Kaiserin hat auch der Bischof von Trier eine Verfügung erlassen, in der es in das Ermessen der Geistlichkeit gestellt wird, in pietätvoller Rücksicht auf die hohe Stellung der Verstorbenen und auf ihre segensreiche Wirksamkeit des Trauerfalles in geeigneter Weise zu gedenken. Wie wir erfahren, haben alle auf der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen Bischöfe in gleicher Weise verfügt.

Das Luxemburger Kabinett.

Luxemburg, 13. April. Das neue Ministerium ist gebildet. Es besteht aus drei bisherigen Mitgliedern: Staatsminister Reuter, den Generaldirektoren Meyens (Finanzen) und de Waha (Landwirtschaft), früher Professor an der Handels-Hochschule in Köln, sowie dem Obergerichtsrat Leidenbach und dem Advokaten Abgeordneten Dech. Das Ministerium wird sich heute der Großherzogin vorstellen.

Die „Geschädigten“ auf Schleichwegen.

Paris, 13. April. Die Reparationskommission hat heute vormittag, ohne vorherige Zustimmung der deutschen Delegation eine Erklärung der deutschen Delegation vom 5. April 1921 mit einer Antwort des Vorsitzenden der Reparationskommission in unvollkommener Weise wiedergegeben. Es ist deshalb notwendig, den Text der deutschen Erklärung im Wortlaut zu veröffentlichen. Er lautet:

Vor den Bemerkungen zu den einzelnen Schadenslisten der alliierten und assoziierten Mächte liegt die deutsche Delegation Wert darauf, eine allgemeine Erklärung abzugeben:

Die Delegation ist von der deutschen Regierung mit der Prüfung der Schadenslisten der alliierten und assoziierten Mächte beauftragt worden, die ihr von der Reparationskommission übergeben worden sind. Infolge der verspäteten Einreichung der Schadenslisten

gen seitens der in Betracht kommenden Staaten ist die Überreichung der Listen an die deutsche Regierung so verzögert worden, daß bei der Kürze der zur Durchführung verbleibenden Zeit die beiderseitigen Anstrengungen zu einer objektiven Feststellung der gesamten Schadenssumme zu prüfen, nach Auffassung der deutschen Delegation einen Erfolg nicht haben können. Diese Auffassung ist durch den bisherigen Gang der Arbeiten in vollem Umfang bestätigt worden.

Die Aufgabe der Delegation mußte nach Lage der Sache darauf beschränkt werden, Klarheit über die von den einzelnen Mächten bei der Feststellung und der Berechnung der Schäden angewandte Methode zu gewinnen, um diese Methode und ihr Ergebnis kritisch zu prüfen. Von vornherein mußte sie darauf beruhen, einen Gegenvorschlag für die gesamte von Deutschland zu leistende Schadenssumme auszuarbeiten oder den Berechnungen der einzelnen Länder eigene Berechnungen gegenüberzustellen. Nur in wenigen Ausnahmefällen ist dies möglich gewesen und auch das Ziel einer umfassenden und befriedigenden systematischen Stellungnahme zu den Berechnungen der Alliierten hat die deutsche Delegation nicht zu erreichen vermocht, obwohl sie für alle Schadensgruppen die besten Sachverständigen bestellt und schon vorher bearbeitetes Material mit herangeschickt hat. Die Berechnungen enthalten zum größten Teil keine ausreichenden Unterlagen, die die Nachprüfung ermöglichen. In vielen Fällen werden nur Ergebnisse, sei es für gesamte Schadensgruppen, sei es für einzelne Schadensgruppen, angegeben, ohne daß Angaben über die Art der Berechnung beigefügt sind.

Der Verlauf der Delegation, durch Stellung von Fragen und Erörterung von Unterlagen eine Ergänzung des hier vorliegenden Materials zu erreichen, ist nur teilweise von Erfolg begleitet gewesen. Einzelne Mächte haben es grundsätzlich abgelehnt, ihre Sachverständigen zur Auskunftserteilung zur Verfügung zu stellen. Mit Anspannung aller Kräfte ist es gelungen, in den vorgeschriebenen kurzen Fristen die Berechnungen zu den Schadensangaben fertigzustellen und der Reparationskommission zu überreichen. Aus den angeführten Gründen konnten die Berechnungen keine systematische Verarbeitung finden. In dem überwiegenden Teil der Minderungen konnten nur einzelne Einwendungen gegen die gegen die Berechnung der Schäden und Werte, gemacht werden. Auch bei den mündlichen Erörterungen über die einzelnen Listen, in die heute eingeleitet werden soll, wird es ihr insofern nicht möglich sein, einzelne Punkte herauszugreifen und zur Sprache zu bringen. Sie legt aber Wert darauf, von vornherein zu betonen, daß unter den gegebenen Umständen die Nichterwähnung eines Schadensspostens unmöglich so ausgelegt werden kann, als seien deutschseits dagegen keine Einwendungen zu erheben.

Dämmerts?

Berlin, 13. April. Die „Freiheit“ veröffentlicht das Wortwort eines fiktionalen Brochüres des früheren Vorsitzenden der kommunistischen Partei Paul Dammert. In dem Wortwort der Brochüre, die auf den Verkauf der D. A. P. D. hinweist, heißt es: „Als ich diese Brochüre geplant habe, bestand in Deutschland die kommunistische Partei aus 500 000 Mitgliedern. Als ich sie acht Tage später schrieb, war diese kommunistische Partei in ihrem Grundfesten erschüttert und ihr Bestand in Frage gestellt. Das Wortwort weist auf die Notwendigkeit der Kritik an dem unverantwortlichen Spiel, das mit der Existenz der Partei und mit dem Leben und dem Schicksal ihrer Mitglieder getrieben wurde, hin. Die Toten in Mitteldeutschland, Hamburg, Weimarer, Baden, Schleswig und Berlin und die vielen tausend Gefangenen, die ein Opfer dieses barmherzigen Wahnsinns geworden sind, verlangen angesichts der letzten Vorgänge: Niemals wieder!“

Die Wetterere.

Paris, 13. April. Aus Sofia wird gemeldet, daß der rumänische, serbische und griechische Gesandtschaftsrat einen gemeinsamen persönlichen Schritt unternommen haben, um gegen die Tätigkeit der bulgarischen Botschaft Einspruch zu erheben. Aus sicherer Quelle wird dazu gemeldet, daß an der bulgarischen Grenze vier türkische und zwei bulgarische Offiziere aufstiegen, welche für die Bulgaren waren.

Auch eine Antwort.

Oppeln, 14. April. Mittermedien zufolge hat die Interalliierte Kommission in Oppeln auf das Protestschreiben des Verbandes der ober-schlesischen Redakteuren geantwortet, daß das Urteil von einem Justizorgan herab, das als entscheidend unbefangener anzusehen sei, als die protestierenden Pressevertreter und dementprechend mehr Glauben fände. Gegen das Urteil des befriedigten Gerichtshofes sei eine Revision nicht zulässig.

Gedenkt der Flüchtlinge!

Die weltlichen Schulen.

Ein bischöfliches Mahnwort.

Der kirchliche Anzeiger der Erzdiözese Köln vom 15. April veröffentlicht folgendes hochbedeutungsvolle Schreiben Sr. Eminenz des Herrn Kardinals und Erzbischofs Dr. Schulte, das zur allgemeinen Kenntnisnahme bereits heute mitgeteilt wird.

Geliebte Erzdiözesanen!

Aus mehreren Gemeinden der Erzdiözese gehen mir Mitteilungen über eine lebhafteste Agitation für Einrichtung sogenannter „weltlicher Schulen“ zu. Da es sich hierbei um eine Lebensfrage der katholischen Kirche handelt, halte ich als Oberhirt mich für verpflichtet,

ein warnendes Wort an die Katholiken

der betreffenden Gemeinden zu richten. Kein treuer Katholik darf für die Einrichtung weltlicher Schulen eintreten.

Was will die weltliche Schule? Sie will eine Erziehung des Kindes ohne Glauben an Gottes Autorität, ohne Überzeugung von der Gottheit Jesu Christi, ohne Anerkennung der Wahrheit der katholischen Glaubenslehren, ohne Erziehung zur Treue zur katholischen Kirche, ohne Übung des Gebetes, ohne Anleitung zum Empfang des Gottesdienstes, ohne Anleitung zum Empfang der hl. Sakramente. Damit ist alles, was dem katholischen Christen das Heiligste ist,

aus der Bildung und Erziehung der Jugend herausgerissen

Das Kinderherz wird dann nicht mehr zu seinem Heilande Jesus Christus hingezogen; es wird getrennt von seiner Mutter, der katholischen Kirche. An Stelle dessen soll ein Weltanschauungs-Unterricht, ein Sittenunterricht treten, der in letzter Entwicklung atheistisch, gottlos ist und in den Stürmen des Lebens nicht standhält.

Da tritt vor Euch, katholische Eltern, Euer Heiland Jesus Christus hin mit dem ersten Worte: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ Kennt Ihr nicht die furchtbaren Drohungen, die unser Heiland denen anruft, die die Kleinen, die an ihn glauben, zur Gottlosigkeit verleiten? Gott verlangt im letzten Gericht die Seelen der Kinder vor der Hand der Eltern. Die Eltern sind verantwortlich für das Kindes geistliche und ewige Heil.

Mit der von Gott mir verliehenen Autorität rufe ich daher allen katholischen Eltern der Erzdiözese zu:

Es ist keinem Katholiken erlaubt, für die Einrichtung einer weltlichen Schule einzutreten.

Es ist keinem katholischen Vater und seiner katholischen Mutter erlaubt, das Kind der katholischen Schule zu entziehen, um es einer weltlichen Schule anzuvertrauen. Gedenkt immerdar, dann macht er sich selbstverständlich unwürdig des Empfanges der hl. Sakramente, weil er sich treulos gegen die heiligen Interessen Christi und seiner Kirche erweist.

Laßt Euch nicht irre machen durch den Namen „weltliche Schule“

Der ist mit Absicht gewählt. Manchem wird vorgerechnet, als sei die sogenannte „weltliche“ Schule geeigneter für die Aufgaben, die im weltlichen Berufe auf die Kinder warten. Nun weiß aber jeder, daß gerade die konfessionelle Schule, für die allein der Katholik eintritt, voll und ganz eingestellt ist auf tüchtige Vorbereitung zu den weltlichen Berufsarbeiten und zugleich auf Erziehung zu echt christlichem, wahrhaft religiösem Charakter; diese Charakterbildung aber ist die beste Grundlage jedes erfolgreichen und segensreichen Wirkens auch im weltlichen Berufe.

Laßt Euch nicht irre machen durch die Vorpiegelung, als könnte das Kind außerhalb der weltlichen Schule katholischen Religionsunterricht erhalten. Denn erstens ist es sehr fraglich, ob das möglich ist. Und zweitens steht jeder klar vor Augen, daß dann

die Schule niederreißt, was die Kirche aufbaut.

Ein solches Durcheinander richtet nur Zerstörung in den kindlichen Köpfen an. Das gibt zuletzt charakterlose Menschen ohne Klarheit und ohne Halt. Durchaus ungeeignet ist überdies das Streben, vor Erlaß des Reichsschulgesetzes weltliche Schulen gründen zu wollen: ein Beginnen, das der Reichsverfassung widerspricht.

So ruft ich denn mit all der Liebe, die ich Euren Kindern schenke, Euch katholischen Eltern zu: Halte fest, was Ihr habt. Eure guten konfessionellen katholischen Schulen als beste Pflanzstätte echt christlicher Bildung und tüchtiger Schulung für das Leben.

Köln, 13. April 1921.

† Kardinal Joseph Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln.

Eine große Sehnsucht.

Salzburg, 12. April. Die österreichische Bundesregierung teilte der salzburgischen Landesregierung bezüglich des Beschlusses des Salzburger Landtags, am 24. April die Volksabstimmung in Salzburg über den Anschluss an Deutschland durchzuführen, mit, dass sie die Durchführung dieser Abstimmung verfassungsgemäß für unzulässig erachte. Die Landesregierung erstattete daraufhin einen ausführlichen Bericht an den Salzburger Landtag, in dem sie empfiehlt, die endgültige Entscheidung der Bundesregierung abzuwarten, und daher von der Volksbefragung am 24. April abzusehen, diese aber im Falle der negativen Entscheidung der österreichischen Bundesregierung für einen späteren Zeitpunkt, etwa den 29. Mai, anzuberaumen.

Schon vor Jahresfrist wurde in der Wiener Nationalversammlung eine allgemeine Abstimmung in ganz Deutschland beschlossen. Diese Abstimmung sollte die Entscheidung über den Anschluss an Deutschland bringen. Die Entscheidung sollte durch den Volksentscheid getroffen werden. Die Entscheidung sollte durch den Volksentscheid getroffen werden. Die Entscheidung sollte durch den Volksentscheid getroffen werden.

Amerika und Europa.

Washington, 12. April. Meiner meldet: Präsident Harding billigte in seiner Vorkastung an den Kongress die Vereinbarung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, dass alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt würden. Der Präsident erklärte mit Bestimmtheit, dass die Vereinigten Staaten sich dem bestehenden Völkerbund nicht anschließen würden, sagte aber hinzu, wir geben, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unser Ziel preis, eine Vereinigung (Association) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, einen Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können. Zur Abrüstung führt Harding in seiner Vorkastung aus, er stehe dem Wunsch, die schwere Bürde der Rüstungen abzuwälzen, sympathisch gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den anderen Nationen zu diesem Ziel zusammenzuwirken. Aber die einfachste Klugheit verbiete es den Vereinigten Staaten, allein abzurufen.

Die Führer der republikanischen Gruppe im Kongress sagen, dass die Resolution zwar, die vorgeschlagen, dass der Kongress über den Frieden mit Deutschland abstimme, in ein oder zwei Tagen vorgelegt werden wird.

Über den sofortigen Friedensschluss mit Deutschland erklärte Harding den Mitgliedern der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten: Allein von allen Verbündeten halten die Vereinigten Staaten den theoretischen Kriegszustand aufrecht. Man wird eine Fortdauer dieses anomalen Zustandes nicht dulden können. Um den Friedenszustand ohne Verzug herzustellen, bin ich geneigt, eine von dem Kongress in diesem Sinne angenommene Resolution zu billigen mit beiderseitigen Bestimmungen, die dazu dienen, alle unsere Rechte zu wahren. — Präsident Harding wünscht nicht, dass in dieser Friedensresolution eine Erklärung eingeschlossen werde, die die künftige Politik seines Landes gegenüber Europa festlegt.

Der Dämon.

28) Roman von Paul Gräbein.

Herbert drehte das Bild um, es lag auf der Rückseite die Firma des Photographen, Gebroder Regensdörfer in München, und die Jahreszahl 1903. Da der Dargestellte oben ein Offizier war, so war sicherlich doch auch von dem Photographen in Erfahrung zu bringen, wer jener war.

Eine prickelnde Erregung kam plötzlich über Herbert. Ob er es tat?

Unschlüssig blickte er immer wieder auf die Photographie. Dann stand er auf und ging, in immer steigender Erregung, im Zimmer auf und ab.

Wenn er es tat — war es nicht ein grober Bruch des Vertrauens gegen den Mann, der ihn in sein Haus genommen und in dessen trauriges Geheimnis gezogen hatte, in der festen Erwartung, sich einem absonderlichen Geheimnis anzuvertrauen?

Eine kalte Erschütterung durchdrang Herberts Brauen. Nein — er konnte das nicht! Möchte die Sache liegen, wie sie wollte — es ging ihm nichts an. Er war nicht befragt, sich in eine Familienangelegenheit als völlig Fremder und Unbeteiligter zu mischen.

Und schon schritt er zum Ofen, nach dem Wunsche Frau Vacarescu zu tun und das Bild zu verbrennen. Damit war ja dann auch für ihn alles vorbei. Aber die Hand, die sich schon ausgereckt hatte, zuckte plötzlich wieder zurück — und dringlich warnend erhoben sich plötzlich andere Stimmen in seinem Innern.

Hatte er denn nicht die feste Überzeugung gewonnen, dass Vacarescu ihm selber gegenüber nicht aufrichtig war? Hatte er nicht ein inständiges, unausweichliches Misstrauen gegen den Mann gefasst?

Nun also! Wenn nun vielleicht doch die Verdächtige Frau Vacarescu recht hatten, wenn deren Gatte darauf und daran war, die schon so unaufhaltsam wachsende auch noch fangsich durch

Sozialdemokratie und Mittelstand.

Auftraktische Reaktionen, oder: Wenn man seine Begründung weiß.

In der Stadtverordnetenversammlung am letzten Dienstag lag folgender Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion vor:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, eine Neuordnung des Submissionswesens der Stadt vorzunehmen. Die Schäden der bisher getriebenen Praxis scheinen uns vor allem in der Zuschlagserteilung zu liegen. Wir setzen voraus, dass auch bisher schon eine gründliche Vorbereitung der zu vergebenden Arbeiten und eine einwandfreie Durcharbeitung aller in Betracht kommenden Pläne, Zeichnungen und Voranschläge stattgefunden hat. Soweit sich noch Mängel zeigen sollen, etwa in der Beschreibung der geforderten Arbeit durch Detailzeichnungen und spezifizierten Vorschriften für Material und Verarbeitung derselben, um Art, Beschaffenheit und Umfang der Arbeit klar erkennen zu lassen, müssten diese natürlich mit abgestellt werden. Am notwendigsten erscheint uns aber die Änderung der Zuschlagserteilung und zwar im Interesse der Stadt, um Überbeteiligungen zu vermeiden, im Interesse der Gewerbetreibenden, um Zurücksetzungen zu verhindern, und im Interesse der Arbeiter, um Lohnminderungen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Zuschlagserteilung darf daher nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares Gebot und an Submittenten erfolgen, die nach bestem Ermessen der beteiligten Behörden die rechtzeitige und gute Ausführung der Arbeiten erwarten lassen. Ausschließen von der Berücksichtigung sind alle Unternehmungen, welche von der in Betracht kommenden Arbeitergewerkschaft festgestellten Tarifvertrag nicht anerkennen, die die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit umgehen, die das Kollektivrecht ihrer Arbeiter nicht anerkennen und sich weigern, der Arbeitslosigkeit durch Einstellung einzelner Arbeiter zu beugen. Die Aufnahme einer Streiktafel in die Werks- oder Lieferungsverträge muss strikte abgelehnt werden, ebenso die Vergütung in Heimarbeit. Mehrere Vorschläge werden wir bei der Kommissionsberatung machen.

Beig. und Stadtb. Braun (MSP) verweist auf die obige Begründung des Antrages. Auch die Interessen der organisierten Arbeiterklasse müssten in den Bedingungen berücksichtigt werden. Der Vorkommende bemerkt, dass die Regelung des Submissionswesens in Bezug auf die beste Angelegenheit werde.

Stadtb. G. (Zentr.) stellt zunächst fest, dass sich die Voraussetzungen, worauf der Antrag aufgestellt ist, für die Stadt nicht treffen. Die Behauptung, unter Submissionsverfahren sei veraltet und die Beschäftigung der Zuschlagserteilung habe Schäden mit sich gebracht, seien falsch. In Wirklichkeit habe die Stadt durch moderne und demokratische Verfahren von allen Städten. Nach in den letzten Wochen sei auf einer Tagung der Gewerkschaften der Stadt, wo zahlreiche Sachverständige aus Rheinland und Westfalen anwesend waren, die neue Regelung als mäßig und vorbildlich anerkannt worden.

Entschieden müsse namens der Handwerkerstadt bestritten werden, dass eine Neuordnung zur Vermeidung von Überbeteiligungen notwendig wäre. Die mit den Zuschlagserteilungen betraute Kommission habe das Interesse der Stadt bis an die Grenze des Möglichen gewahrt. 90 Prozent der Zuschläge sind den billigen Angeboten erteilt worden. Dem haben manche Mitglieder der Kommission nicht leichten Herzens zugestimmt. Aber bei der Finanznot der Stadt habe man alle Wünsche und

Schergen und Schergenmeiste.

Berlin, 13. April. Der „Sanktionsausschuss“ des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich gestern mit der fünfzigprozentigen Abgabe vom Wert der deutschen Lieferungen. Eine Prüfung der Stellungnahme der einzelnen Länder ergab zunächst, dass die englischen Kolonien mit Ausnahme von Neuseeland sich dem Vorgehen des Mutterlandes nicht anschließen haben. Die Abgabe wollen einführen: Polen, Südamerika, China, Siam und die Tschecho-Slowakei. Griechenland und Japan sind noch in der Erwägung begriffen. Von Rumänien ist bisher noch keine Stellung bekannt geworden. Belgien hat bisher keine Stellung bekannt geworden. Belgien hat bisher keine Stellung bekannt geworden. Belgien hat bisher keine Stellung bekannt geworden.

Nom. 12. April. Ein Berliner Brief der F. d. e. Nationalen wendet sich scharf gegen die Vertretung der französischen Klasse in Deutschland gegenüber den Deutschen.

Standesinteressen zurückstellen müssen. Das wir aber in Bezug, trotzdem Ruhe und Frieden in der Handwerkerstadt hatten, sei der beste Beweis für die Wichtigkeit des bisherigen Weges. Dies müsse um so höher bewertet werden, weil in vielen Städten, Behörden und Handwerk, gerade wegen der Submissionen, in händigen Streit und Hader liegen.

Gegenüber unbillig sei auch die Begründung, man müsse Submittenten der Arbeiterstadt verschaffen. Auch habe die besten Lohnsätze mit in ganz Deutschland. Der Arbeiterhandwerker solle verdienen 2. 1.50 Mark für die Stunde mehr als der Meister. Die im Antrag aufgestellte Forderung, nur solche Unternehmer zu berücksichtigen, die die Tarifhöhe anerkennen, sei seit zehn Jahren in unserer Stadt schon durchgeführt.

Dem hiesigen Verfahren und der hiesigen Bauverwaltung hat die Arbeiterstadt es zu verdanken, dass jetzt auch andere Behörden, z. B. die Reichsvermögensverwaltung für die Beschäftigten, diese Bedingungen bei allen Ausschreibungen vorschreiben.

Der Name unserer Stadt habe Bezug, der sozialen Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand insbesondere des Verdienstlosen nach außen hin einen guten Klang. Würden die Stadtverordneten heute diesen Antrag mit einer solchen Begründung zustimmen, dürfte werden alle, innerhalb und außerhalb unserer Stadt, die von den Dingen etwas verstehen, kein Verständnis haben.

Das Bestehen der Unterklasse in diesen schwierigen Fragen zu helfen, was wirklich etwas zu helfen ist, würde auch die Zentrumspartei anerkennen und in den zuständigen Kommissionen solche Anregungen unterstützen. Die dem Antrag aber eine nicht zugestimmt werden.

Stadtbaurat Sittel: Man sei bei der Regelung des Submissionswesens davon ausgegangen, dieses möglichst einfach zu machen, und die Ergebnisse nicht ausbleiben. Man sei jetzt ja bemüht, das Submissionswesen im ganzen Reich einheitlich durch eine Gesetzesvorlage zu gestalten.

Beig. und Stadtb. Braun (MSP) wiederholt seine Angaben betr. Überforderungen der Handwerker mit dem Hinweis auf große Preisunterchiede bei Auftragserteilungen. Die Ausführungen verlieren sich ins Allgemeine. Vom Vergleich Frankreich und England an die Reihe, um unter Beilegung der Stadtverordneten bei dem Submissionswesen der Arbeiter zu enden. Redner beantragt schließlich Abweisung des Antrages an eine besondere Kommission.

Stadtb. Gallas (MSP): Die Abmachungen betr. Submission von Aufträgen sei auch reformbedürftig. Bei Auftragserteilungen seien Preisunterchiede von mehreren tausend Mark gewesen.

Stadtb. G. (Zentr.): Die Preisunterchiede bei Aufträgen sei doch kein Beweis für Überforderung. Das liegt im Wesen der Submission. Es wäre doch eigenartig, dass es jetzt noch keine Verordnungsstelle wegen Überforderungen gefasst habe. Auch sei mit seiner Regelung tatsächlich auf der Höhe. Ob es in Australien noch besser sei, wisse er allerdings nicht.

Schließlich wurde der Antrag, wie schon gemeldet, abgelehnt.

Industrie, welche durchaus zerstört werden solle. Der Korrespondent fragt weiter, ob das von dem französischen Verbänden anhaltend misshandelt und bedrängte Italien folchem Treiben ruhig zuschauen dürfe.

Der Völkerbund und sein „Freiheits“.

Danzig, 12. April. Der Rat des Völkerbundes hatte vor einiger Zeit an den Danziger Senat eine Note gerichtet, in der verschiedene Abänderungswünsche zur Danziger Verfassung übermittelte. Dazu hat der Rat der Danziger gegen die Stimmen der Linken, einschließlich der Polen, mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien eine Entschließung angenommen, in der die Wünsche des Völkerbundes für unberechtigt erklärt werden. Das Schicksal der politischen Macht liegt in Danzig beim Parlament, und jeder Versuch, die Verfassung in diesem Punkte zu ändern, würde gegenwärtig zu heftigen inneren Kämpfen und zu einer schweren Erschütterung des Staatswesens führen. Dem Völkerbundrat könne das Recht, jederzeit an der Danziger Verfassung Änderungen vorzunehmen, nicht eingeräumt werden, da die Danziger Verfassung bereits von ihm im November vorigen Jahres bestätigt und unter der Garantie des Völkerbundes gestellt worden sei.

Stadt-Nachrichten.

Heute, 14. April 1921.

Gedenke der Glücklinge.

Du hast gekostet, was dein war! Heimat und Herz, Wenn er auch noch so klein war, Wieb unversehrt. Trübsal nur die harten Zeiten Getrennt mit. Mit den Gebrannten zu schreiben In gleichem Tritt.

Sieh die Vertriebenen, Verwaisten, Ein Wundelchen Gabe. Die bis zum Herzen Verreisen Am eigenen Grabel. Trübsal, es sind deine Brüder, Kinder der gleichen Edel. Breite die Arme, dich wieder Heimat ihnen werde!

Agnes Harder.

Spendet ein Scherlein für unsere treuen Brüder. Eine Zigarette, ein Stäbchen Kuchen weniger — ein wenig mehr im Gabenteller! Und viel weniger macht! Drum gebt euer Scherlein an die Expedition dieser Zeitung!

Der Jugendverein von St. Dreikönigen veranstaltet am nächsten Sonntag, den 17. April, abends 7 Uhr, im Saale des Anzweins Marienberg einen Elternabend, bestehend in Vorträgen und Darbietungen der Wandervogelabteilung des Vereins. Die anerkannte Fähigkeit der Regitators und die bewährte Tätigkeit der Wandervogelabteilung bürgen für einen geselligen Abend. Alle Mitglieder und deren Eltern, sowie die Ehrenmitglieder und Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen.

Städtische Feste und Bühnenspiele. Vom 15. d. M. ab ist der Schauspiel wieder geöffnet, und die Bühnenaussage findet Montags, Mittwochs, Freitags und Samstags von 6—7½ Uhr statt.

Stadtsamstagsfest. Im Monat März wurden 110 Kinder geboren. Davon waren 57 Knaben und 53 Mädchen, ein Kind wurde tot geboren. Es sind geboren 80 männliche und 82 weibliche Personen. Davon waren 16 Kinder bis zu einem Jahr alt, 2 Kinder von 1—5 Jahren, 12 Personen von 6—20 Jahren, 6 Personen 21—40 Jahren, 12 Personen von 41—60 Jahren, 14 Personen über 61 Jahren, 22 Personen wurden geboren.

Die neue Zollzone. Seitens der Reichsfinanzstelle der Handelskammer wird ausgeschrieben: Ueber die Lage, wie sie durch die Verordnungen Nr. 81 und 82 der Internationalen Handelskommission demnach für das besetzte westfälische Gebiet geschaffen sein wird, sind Nachschauen und Aufstellungen vorhanden und zum Teil auch veröffentlicht worden, die den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht werden und infolgedessen nur getauelt sind. Verwirrung anrichten. So ist beispielsweise in der ersten Vorgangsphase der Abklärung der Lage vom 18. April an letzter Stelle ein Aufschlag von Reichsmark 2500000 zu Köln zum Ausdruck gebracht, in dem unter anderem behauptet wird, dass ein Handel mit dem unbesetzten Deutschland zu betreiben, in jedem Einzelfalle eine Einbeg. Aufwandsrechnung erforderlich sei. Diese Behauptung ist in dieser Form unrichtig. Denn einmal ist eine solche Berechnung nach Artikel 5 der Verordnung Nr. 82 erst vom 10. Mai d. J. an erforderlich. Zum anderen ist eine ähnliche Berechnung von diesem Zeitpunkt an nur da vorgeschrieben, wo es auch im Verkehr zwischen Deutschland und dem Ausland heute vorgeschrieben ist, d. h. bei den zahlreichen Waren, die auf der deutschen Einfuhr- und Ausfuhr freigelegt sind, ist auch in Zukunft für den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland eine Einbeg. noch eine Aufwandsrechnung erforderlich. Es kann allen am Geldverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland Beteiligten nicht dringend genug empfohlen werden, in allen Zweifelsfällen sich zunächst an die zuständige Handelskammer zu wenden, die durch ihre Sachkundigkeit mit den maßgebenden Behörden Stellen am besten in der Lage sind, die Verhältnisse zu beurteilen und Auskünfte zu geben. Ein Vorgehen einzelner Firmen oder Vereine oder Verbände zu Erstellung besserer Verhältnisse erscheint zur Zeit zwecklos. Der hier und da verbreiteten Auffassung, als ob es sich bei den beiden Verordnungen um einen Waff der Besatzungsmacht und um nicht mehr handelte, kann nicht schon jetzt widerprochen werden, jedenfalls sollten auf einer solchen Annahme keinerlei Dispositionen aufbauen. Darumhin unterlassen werden.

Das Postfach. Eine einheitliche Postfachordnung für das Deutsche Reich tritt am 15. April in Kraft. In jeder dieser Postfachordnungen ist die neue Postfachordnung gegenüber dem bisherigen Zustand in einem Punkt eine wesentliche Änderung. Nach den heutigen Vorschriften kann der Postfachkunde eine oder mehrere Personen zur Weiterführung des Postverkehrs nach seinem Tode bevollmächtigen. Hierzu bedarf

Herbert fühlte, wie sein Herz schneller zu schlagen begann — aber auch er stellte sich möglichst ruhig.

„Ja — leider. Der kleine hatte es aus dem Schreibtisch Ihrer Frau Gemahlin herausgekratzt.“

Dr. Vacarescu trat unwillkürlich ärgert mit dem Fuß auf, als verdrüßte es ihn, dass er nicht selber schon früher an diese Möglichkeit gedacht und ihr vorgebeugt habe. Doch dann sagte er schnell und glatt: „Es war sehr recht, dass Sie das Bild sofort an sich nahmen, um meine Frau zu beruhigen. Aber bitte — wollen Sie es mir nun geben?“

Er streckte bereits Herbert die Hand entgegen. Nun war der große Augenblick gekommen. Herbert fühlte sein Herz bis in den Hals hinauf schlagen, und er merkte, wie einen Augenblick lang eine verärgerte Wutwelle in sein Gesicht aufsteigen wollte. Aber er spannte alle Willenskraft an, und es gelang ihm auch, in einem leidlich unbefangenen Tone zu erwidern: „Das Bild? Das tut mir leid, Herr Doktor. Das habe ich eben verbrannt auf den ausstrahlenden Wunsch Ihrer Frau Gemahlin.“

„Verbrannt?“

Es klang wie ein leiser höhnlicher Zweifel, und ein argwöhnischer Blick bogte sich einen Augenblick lang so funkelnd in Herberts Augen, dass diese unter dem spödelnden Fixieren leise zu zittern begannen. Ihm war, als könnten die stehenden Wände des anderen auch seinen Kopf durchdringen und nach anderen in nächsten Augenblick den dort verborgenen Brief entdecken — ihn als Kugeln entwerfen. Unwillkürlich zuckte es in seinen Fingern. Mit einer schließenden Bewegung nach der Brust zu fassen; aber er zwang noch im letzten Augenblick diese verärgerte Bewegung nieder. Doch seine Stimme hatte einen eigenen, unsicheren Klang, wie er nun antwortete, ohne dabei Dr. Vacarescu anzusehen. „Ja — dort eben im Ofen!“ er setzte bei diesen Worten gewaltig die unsicheren flimmernden Wände auf den Ofen in der Ecke.

(Fortsetzung folgt.)

es einer besondere Beim Fehlen ein solle Etodungen eunzen zu vermei bestimmt werden, zeichnungsbeding dem Tode des Ho oder die Lösung guthaben abgum jugalis aber im aus schließlich ben

ner in den 2-Bü auf die Freiheit. Kessender sein woller Baum für Schöner und b. Kessender hat dan pakt hat. Das 2 ben frei.

mit Cuadro ronnen. Die Pnennig ausfüllt Nach Mittelst ist der Landweg vom 1. April an benuhbar. Her wieder über Slatowit befordr Postverwaltung ligen. Inhalt, d oder Einfuhr an von den bu n a h m t w e r d e n

Der Weg über von Postpa te nicht werden.

a) Chile, den Lieberlä Venezuela; b) Nach den und Liberia; c) nach Aeg land und M

Von Hambu a) mit a le schaft Koninkl b) mit Schi man Baum, De Linie (Africa) Linie; c) mit Schi fahrt. Nach Wertanga d) Näre e

Das Raucher genz waren, me Raucherfische e Gartenbede. G ges aus dem H vieler anderer s schulpflichtige h heutige den w und ahnt le w

Wachen in rgu doch man nicht sonderm sich öf oder noch lieber der Jugendlich finger kommt, gerheißt, man

Dabei kann m Mode des „Zur innummer zu üb ist es, die die bedenklische W

wird darauf h noch stark in geradezu verhä nur zu oft der Dr. Burdard

gesundheitsschaden durch hanz m ersten um 17 geruch und die Prozent, bei le großen Geschä ferer Anstalt

Einfachschollen Selbst ein a werden, um d breiten das Ma

Selbstame lge S me e t Meppst! haun wärliger Vohi dasticht, und n

R e d e r e l kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

Auf schick plat an an kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

Auf schick plat an an kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

Auf schick plat an an kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

Auf schick plat an an kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

Auf schick plat an an kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

Auf schick plat an an kühnlich wird Geschickliche laus des Ma

Exemplar zum es so angero ebenso abge wachstelt sein dem Vorgehe

verhindern mu Interessenten die einzige Wz transporthen erben G ewo t e t e l l e t

